

«Der Kuchen wird grösser»

Der Ökonom und Verhaltensforscher Ernst Fehr findet, dass die Ökonomie nach der Finanzkrise viel aus Fehlern gelernt hat. Zürich sieht er auf Weltniveau.

Von Beat Gygi

Das Gebäude in Zürich wirkt viel weniger spektakulär, als man es erwarten würde, wenn man an sein wissenschaftliches Innenleben denkt. Ernst Fehr, spezialisiert auf ökonomische Verhaltensforschung, zählt auf internationaler Ebene zu den bekanntesten und meistzitierten Ökonomen. Er ist 1956 in Vorarlberg geboren, seine Ausbildung in Volkswirtschaftslehre machte er in Wien und an der London School of Economics, 1994 wurde er in Zürich ordentlicher Professor für Mikroökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, hinzu kamen Engagements an Hochschulen wie dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) oder der New York University. Er ist zudem Direktor des UBS International Center of Economics in Society. In seiner Zeit wurde die ökonomische Fakultät der Universität Zürich erheblich aus- und umgebaut.

Herr Fehr, welches Ereignis war für Sie als Ökonomen im Jahr 2017 besonders markant?

Die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten erfolgte zwar kurz vorher, war aber auch für das Jahr 2017 einschneidend. Weitverbreitete wirtschaftspolitische Vorstellungen der letzten dreissig Jahre, nach denen die Öffnung der Grenzen und die Globalisierung Wohlstand bringen, wurden von einem zentralen Akteur über den Haufen geworfen.

Hängen die Wahlergebnisse mit der Wirtschaft zusammen?

Ja, vor allem in den USA liessen sich die Verlierer der wirtschaftlichen Globalisierung während der Wahlen stark mobilisieren. Das amerikanische Beispiel zeigt, dass eine gewisse soziale Abfederung des internationalen Wettbewerbs geboten ist.

Hat das Thema Verteilung an Bedeutung gewonnen?

Eindeutig. Verteilung ist heute ein grosses Thema in der Ökonomie. In meiner Studienzeit in den siebziger Jahren wurden Verteilungsfragen ebenfalls prominent behandelt. Nachher sind diese Themen aber praktisch verschwunden, und erst seit etwa zehn Jahren ziehen sie wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich. Das gilt für die Vermögensverteilung wie auch für die Einkommensverteilung.

Haben denn die Probleme in dieser Hinsicht zugenommen?

Es gibt mittlerweile sehr gute ökonomische Untersuchungen, die an den Arbeitsmärkten eine Tendenz zur Polarisierung anzeigen. Es deutet sich eine Art Zweiteilung der Gesellschaft an, in der ein beträchtlicher Teil der Menschen schlechtbezahlte Jobs der unteren Qualifikationsstufen ausübt, während eine andere gewichtige Gruppe dank guter Ausbildung anspruchsvolle Arbeit verrichtet und sehr gut verdient. Dazwischen steht die Mittelklasse, die in Gefahr ist, wegrationalisiert zu werden.

Hat man heute einfach bessere Daten, oder hat sich die Polarisierung in jüngerer Zeit tatsächlich verstärkt?

Es gibt heute sicher generell eine solidere empirische Grundlage, aber die Studien etwa des Zürcher Ökonomen David Dorn und seines amerikanischen Kollegen David

«Es zeichnet sich in Europa ein bemerkenswerter Aufschwung ab.»

Autor zeigen starke Veränderungen in der jüngeren Zeit. Vor allem die Konkurrenz durch chinesische Importe hat in den USA viele Firmen und Arbeitsplätze weggefegt.

Sind das nicht vor allem amerikanische Probleme?

Die Befunde beruhen zunächst tatsächlich auf amerikanischen Daten. Aber die weiteren Arbeiten im Anschluss an die Studien von Dorn und Autor zeigen, dass diese Zusammenhänge auch für andere Staaten gelten.

Die Finanzkrise hat 2008 die Wirtschaftswissenschaften hart getroffen; viele warfen den Ökonomen vor, sie hätten die Probleme nicht kommen sehen. Wie hat die Ökonomie diesen Schlag verarbeitet?

Ein Mangel war damals sicher, dass die Makroökonomie die Finanzmärkte zu wenig in die Analyse einbezogen hatte, auch die Immobilienmärkte wurden zu wenig berücksichtigt. Das ist mittlerweile korrigiert worden, und die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zu diesen Fragen wurde stark ausgeweitet. Und es ist nicht so, dass damals niemand gewarnt hatte. Der Ökonom Robert Shiller hatte schon Jahre vorher auf Überhitzungserscheinungen im US-Häusermarkt und auf Überbewertungen am Kapitalmarkt hingewiesen. Aber ja, die Wissenschaftler, die makroökonomisch den Ton angeben hatten, haben die Krise nicht kommen sehen.

Hat man in der Ökonomie dazugelernt?

Enorm viel, zum Beispiel mit der Integration der Finanzmarktforschung in die moderne Makroökonomie.

Und gleichwohl besteht der Eindruck, dass mit expansiver Geldpolitik und Nullzinsen jetzt ein riesiges Experiment abläuft, das die Ökonomen praktisch den Notenbanken überlassen.

Das Problem ist, dass wir diese Art von Geldpolitik noch nie in einem solchen Masse und über eine so lange Dauer erlebt haben. Die Ausweitung der Geldmenge hat vor allem in Europa jahrelang wenig spürbare Wirkung auf die Konjunktur gehabt, aber jetzt zeichnet sich doch ein bemerkenswerter Aufschwung ab. Das Wirtschaftswachstum erfasst zurzeit fast alle Länder, was hof-

fen lässt, dass die amerikanische Notenbank die expansive Geldpolitik bald zurückfahren wird.

Beurteilen Sie das Wirken der Notenbanken positiv?

Im Moment, ja. Es gibt in der Wirtschaftspolitik ja häufig den Gegensatz zwischen kurzfristiger und langfristiger Sicht. Wir wissen, dass Zinsen von null zu verzerrten Entscheidungen und Investitionen führen, aber wenn die Notenbanken nicht eingegriffen hätten – wer weiss, welche Schäden entstanden wären. In der Finanzkrise war das oberste Ziel, eine Weltwirtschaftskrise wie in den dreissiger Jahren zu verhindern.

Dann war die Ökonomie in der Krisenbekämpfung also erfolgreich?

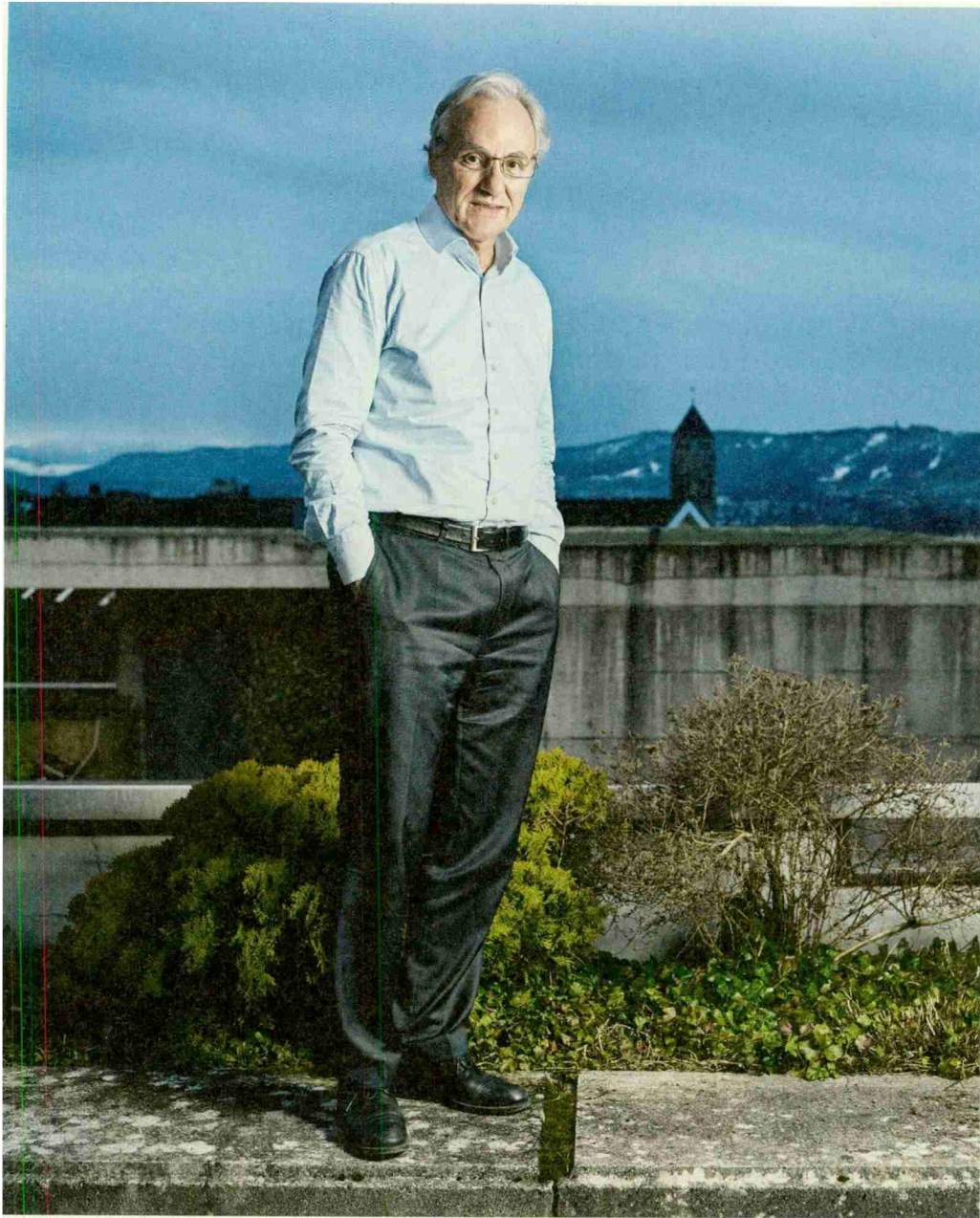
In dem Sinne war sie erfolgreich. Es war ja auch ein Glücksfall, dass mit Ben Bernanke ein Mann an der Spitze der US-Notenbank war, der zu den führenden Experten beim Thema Grosse Depression zählt. Bernanke wusste, wie verhängnisvoll Deflation und rasante Realloohnerhöhungen in der Grossen Depression waren.

Etliche Ökonomen sagen, Zyklen mit Boom und anschliessendem Zusammenbruch seien typisch für die Wirtschaft. Jetzt baue sich einfach die nächste Blase auf, die dann auch platzen werde.

Ich sehe von der Konjunktur her kurzfristig keine grossen Gefahren.

Hat die ökonomische Abteilung der Universität Zürich ihre Strategie nach der Finanzkrise angepasst? In welche Richtung gehen Sie?

Die Richtung, die wir verfolgen, ist allein definiert durch hohe Qualität. Natürlich haben



«Ich sehe von der Konjunktur her kurzfristig keine grossen Gefahren»: Wissenschaftler Fehr.

wir eine Strategie in dem Sinn, dass wir uns auf wichtige Bereiche konzentrieren. Aber unser wichtigstes Ziel ist es, von einer guten deutschsprachigen Fakultät zu einem international angesehenen Departement zu werden, das in Lehre und Forschung auf höchstem Niveau mitspielt.

Was haben Sie geändert?

Wir haben eine Graduate School gegründet, die in der Schweiz als Musterbeispiel gelten kann. Das herkömmliche Lehrstuhlssystem, in dem die Professoren grosse Macht gegenüber den Doktoranden hatten, wurde ersetzt durch einen neuen Rahmen, in dem die Doktorandenausbildung ein gemeinsames Anliegen der Professoren ist und diese untereinander um die besten Doktoranden konkurrieren. Mit unserer Graduate School haben wir also Wettbewerb eingeführt, die Studenten können ihren Professor frei wählen und sind nicht mehr abhängig von einem bestimmten Lehrstuhlinhaber als Doktorvater. Mittlerweile haben wir jährlich über 500 Bewerbungen für 15 bis 17 offene Doktorandenstellen.

Sie wählen dann die Besten aus?

Ja, mit der Graduate School haben wir uns sozusagen den Weltmarkt erschlossen. Die Reputation unseres Departements steigt erstens, weil wir bessere Studenten bekommen, und zweitens, weil auch die Qualität der Lehre zunimmt. Wir schafften es nämlich, Wissenschaftler der internationalen Spitzenliga anzuziehen, Leute aus Chicago, Stanford, San Diego und anderen Spitzenhochschulen.

Das ist wohl auch eine Frage des Geldes.

Geld spielt in dem Sinne eine Rolle, als wir allein mit kantonalen Mitteln diesen Ausbau des Departements gar nicht hätten durchführen können. Die Förderung durch die UBS hat eine grosse Rolle gespielt. Dank den UBS-Geldern konnten wir sieben Professorenstellen schaffen, und zwar ohne dass die Bank die Auswahl beeinflusst hätte.

Um welche Summen geht es?

Die Gesamtsumme, die über zehn Jahre hinweg dem Departement zufließt, beträgt rund 100 Millionen Franken. Davon sind 65 Millionen zur Schaffung neuer Professuren bestimmt. Für uns ist das ein Meilenstein, das ist wie wenn man plötzlich ein Auto mit viel mehr PS hat. Wir haben die Drittmittel aber auch kombiniert mit inneren Reformen der Fakultät.

Was wurde umgebaut?

Die Reformen bestehen in der Abschaffung des alten Lehrstuhlsystems, das den Professoren erhebliche Macht, Privilegien und Ressourcen verliehen hatte, über die sie über die ganze Zeitspanne ihrer Anstellung nach freien Stücken verfügen konnten. Es war nicht einfach, alle Kollegen davon zu überzeugen, dass das neue System eine gute Lösung ist.

Den klassischen Einzelkämpfer-Professor gibt es also nicht mehr?

Nein. Früher bildete jeder Professor mit seiner Gruppe eine Art eigenständige Insel, heute ist es so, dass die Professoren des ganzen Departements die Betreuung der insgesamt 60 bis 70 Graduate Students, also der Doktoranden, gemeinsam wahrnehmen. Es gibt eine kollektive Verantwortung des ganzen Departements dafür, dass die Doktorandenausbildung – wie auch die Master- und Bachelorausbildung – auf das höchste Niveau gebracht wird.

Gibt es Grössennachteile?

Von Grössennachteilen müsste man sprechen, wenn einzelne Studenten durchs Raster fallen würden, aber momentan gibt es nur Vorteile. Das alte Doktorandenprogramm war ja eine Art Flickenteppich frei zusammengesuchter Kurse – die Qualität des Chefs bestimmte auch die Qualität der Ausbildung. Jetzt hat jeder Student die Chance auf eine gute Ausbildung. Schlechte Professoren kriegen gar keine Doktoranden mehr.

Ist denn die Vielfalt der Themen und Ideen

im neuen System noch gross genug?

Die Vielfalt ist erheblich grösser geworden. Es gibt mehrere auf bestimmte Gebiete spezialisierte Gruppen, die sich gegenseitig rege austauschen.

Wieweit fühlt man sich in Ihrem Departement verpflichtet, etwas für die Schweiz zu leisten?

Unser Engagement geht in zwei Richtungen. Zum einen ist uns die Ausbildung der Studierenden ein grosses Anliegen, weil diese dann in die Wissenschaft oder in wichtige Positionen in Wirtschaft und Verwaltung gehen. Zum andern wollen wir den Transfer von Wissen in die Gesellschaft fördern, unter anderem mit Hilfe des UBS Center of Economics in Society an unserer Fakultät. Wir führen immer wieder öffentliche Veranstaltungen zu wichtigen Themen mit Spitzenwissenschaftlern durch, jüngst etwa «Economics of Populism». Und unsere Professoren sind in den Medien zum Teil sehr präsent. Zudem ist der Reputationsgewinn unseres Departements auch für die Schweiz wertvoll, wenn Zürich den Ruf als internationaler Hub in Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften hat.

Worin sehen Ökonomen eigentlich ihre wichtigste Aufgabe?

Aus meiner Sicht steht im Zentrum, dass wir verlässliches Wissen erzeugen. Beide Worte sind wichtig: «Wissen» und «verlässlich». Dieses Wissen soll dazu beitragen, bessere Lösungen zu finden für die Wirtschaftspolitik, für Ausbildungswege, allgemein für gesellschaftliche Entscheidungen. Und wir müssen auch auf ungenutzte Chancen hinweisen.

Wo liegen diese?

Ich engagiere mich zum Beispiel stark in der Forschung über frühkindliche Betreuung. Wenn es uns gelingt, die untersten zwanzig Prozent der Kinder im Pisa-Ranking in ihren Lern- und Selbstregulierungsfähigkeiten auf ein höheres Niveau

zu bringen, dann hat das beträchtliche positive Auswirkungen auf die Schweizer Volkswirtschaft.

Wie sieht die Vernachlässigung der Kinder aus?

Dies betrifft primär die bildungsfernen Gruppen, und zwar in jedem Land. Die Schweiz steht mit ihrem Ausbildungssystem mit hervorragenden Volksschulen, Sekundarschulen und Hochschulen gut da, aber auch da gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten. Es bringt viel, wenn man sich auf die Gruppe mit den grössten Mängeln in der Bildung konzentriert.

Ist das Ziel eine Art Chancengleichheit?

Ja, aber mit einem wichtigen Unterschied zu den üblichen Massnahmen. Denn diese drücken häufig auf die Effizienz des gesamten Systems. Die Steuerprogression etwa verringert die Leistungsbereitschaft der Bürger, oder bildlich gesagt: Der Kuchen wird kleiner. Investiert man hingegen in frühkindliche Betreuung, profitiert die ganze Gesellschaft davon, weil die Kinder später mehr leisten: Der Kuchen wird grösser.

Ist die Aussicht auf sozialen Aufstieg für die einzelnen Familien nicht Anreiz genug, die Kinder zu fördern?

Oft nicht. Es hängt sehr viel von den jeweiligen Eltern ab, die in vielen Fällen bildungsfern sind und sich zu wenig überlegen, wie hoch die Erträge aus Bildung eigentlich sind. Untersuchungen in Entwicklungsländern zeigen, dass es oft schon reicht, die Eltern darüber zu informieren. Dass beispielsweise eine Person einmal in der Woche bei der Familie vorbeikommt und mit der Mutter redet, kann viel wert sein.

Das bräuchte eine Ausweitung der Sozialpolitik.

Das wäre sicher eine Ausweitung der Sozialpolitik, aber eben nicht in der Art der Sozialhilfe, wo man im Nachhinein repa-

riert, was vorher falsch lief. Das ist ja ein reiner Transfer, bei dem wenig Output geschaffen wird. Was ich vorschlage, ist hingegen eine Investition, die zukünftige Erträge verspricht. Diese Renditen sind weit höher, als man sie sonst in der Sozialpolitik erzielen kann.

Wieweit beruht die Ökonomie eigentlich auf Werthaltungen?

In der Ökonomie ist in jüngerer Zeit die empirische Forschung, die statistische Analyse, stark weiterentwickelt worden. In unserer Studienzeit hatten wir noch die Auseinandersetzung zwischen Keynesianismus und Monetarismus, das gibt es heute kaum mehr. In diesem Sinn ist die Ideologie aus der modernen Ökonomie verschwunden. Es dominiert die solide empirische Forschung, die Datenanalyse. Wir sind viel wissenschaftlicher geworden – ganz im Sinne der Produktion von verlässlichem Wissen.

Das tönt fast nach Industrialisierung.

Das Neue in den Wirtschaftswissenschaften ist die Möglichkeit der kontrollierten Experimente. Da gibt es jeweils eine Gruppe von Probanden, die eine bestimmte Behandlung erfährt, und daneben eine Kont-

«Ich engagiere mich zum Beispiel stark in der Forschung über frühkindliche Betreuung.»

rollgruppe ohne Behandlung – fast wie in der medizinischen Forschung. Mit solchen Experimenten lässt sich testen, welche Wirkung eine bestimmte wirtschaftspolitische Massnahme haben könnte. Die Entwicklungsökonomie wurde auf diese Weise geradezu revolutioniert. Umfangreiche Untersuchungen in Indonesien zeigen beispielsweise, wie man die Korruption bekämpfen kann, wenn grosse Subventionssummen im Spiel sind.

Was treibt Ökonomen denn vor allem an?

Bewusst oder unbewusst sind die Volkswirte häufig Leute, die etwas verbessern wollen. Ich verwende nicht das Wort «Weltverbesserer»,

aber man sucht Anreize zur Verbesserung des Gesundheitssystems oder der Altersvorsorge, man entwirft Spielregeln für die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, Ratschläge für lohnende Bildungsinvestitionen. Die Volkswirtschaftslehre kümmert sich eben um das Wohl der ganzen Volkswirtschaft, das ist sicher eine gewisse Werthaltung.

Und wie steht die Freiheit dazu?

Die ist wichtig. Sonst wäre das Konzept der Pareto-Effizienz in der Ökonomie nicht derart zentral. Im Grunde entspricht das ja dem Einstimmigkeitsprinzip nach dem Motto: «Wenn man niemanden besserstellen kann, ohne jemand anders schlechterzustellen, dann braucht es besondere Rechtfertigungen für einen Eingriff.» Im ganzen Bemühen um die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Wohls sollte man also die gesamtwirtschaftlichen Gewinne so verteilen, dass alle davon profitieren.

Aber die Leute mit sanfter Hand zu lenken, etwa bei der Prävention von Krankheiten, ist das in Ordnung?

Menschen sind eben nicht perfekt rationale Wesen. Zwar handelt niemand vorsätzlich unvernünftig, aber es gibt im menschlichen Verhalten oft eine Trägheit, mit der man viele Fehltritte und Versäumnisse erklären kann. Menschen haben eben eine beschränkte Aufmerksamkeit. Es gibt eine neue Forschungsrichtung in der Ökonomie, die diese Aufmerksamkeitsbeschränkung zu berücksichtigen sucht. Was wir wahrnehmen und die Art, wie wir etwas wahrnehmen, die ganze Wahrnehmungspsychologie, ist von den Ökonomen noch nicht sorgfältig genug angeschaut worden. Das wird eine spannende Sache.

Ist die Werbewirtschaft nicht auf diesem Weg?

Doch. Marketingforscher kennen zum Beispiel den Begriff des «Consideration sets». Das heisst: Menschen betrachten immer nur eine Teilmenge, einen bestimmten Aus-

schnitt all der Möglichkeiten, die sie eigentlich haben. Es gibt im Marketing zwar sehr viele empirische Einsichten, aber es fehlt ein übergreifendes Modell, das die Determinanten und Konsequenzen beschränkter Aufmerksamkeit erfasst.

Mit der Neuroökonomie können Sie ja quasi versuchen, den Leuten ins Hirn zu schauen.

Es ist fast unglaublich, was sich da in unseren Studien zeigt. Wenn man bei Versuchspersonen bestimmte Hirnareale stimuliert, kann man deren Ehrlichkeit bei der Befolgung sozialer Normen erhöhen. Wenn man die Anregung der Neuronen reduziert, sinkt die Bereitschaft, die Normen einzuhalten. Das deutet darauf hin, dass es so etwas wie eine biologische Grundlage für das Einhalten von Normen gibt, abseits von bewussten Gedanken und Prozessen. Die Ökonomie handelt zwar weitgehend vom Abwägen bei Entscheidungen, aber ich bin überzeugt davon, dass in den Menschen vieles auch unbewusst abläuft. ○